ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE 09.04.2019 | Karin Pettersson

Der digitale Klassenkampf

Wer Daten bündelt, hat Macht und schafft Reichtum. Daten-Gewerkschaften sollten für Umverteilung sorgen.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

Progressive und Gewerkschaften gehen eines der grundlegendsten Probleme unserer Zeit nicht an - die Anhäufung von Daten im heutigen Wirtschaftsmodell und die entsprechende Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Kürzlich nahm ich in Stockholm an einem Seminar einer großen Gewerkschaft zur Zukunft der Arbeit teil. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern war auch ein Vertreter von Google, der die scheinbar nett gemeinte und konstruktive Frage stellte: „Was können wir tun, um zu helfen?“. Der Vorsitzende der Gewerkschaft brachte daraufhin seine Freude darüber zum Ausdruck, dass Google zugestimmt hatte, sich an das schwedische Tarifmodell zu halten.

Unlängst berichtete die Zeitschrift *Economist*, dass die Fahrer von Uber gerichtlich gegen das Unternehmen vorgehen. Die Fahrer verlangen Zugriff auf die Daten, die über sie und ihre Leistungen gespeichert werden. Sie verstehen nicht, auf welcher Grundlage sie bewertet und die Aufträge vergeben werden. Zugang zu den Bewertungen und Kritiken würde es den Fahrern ermöglichen, sich gegen ungerechte Abweisungen durch die App zu wehren, was ihnen heute nicht möglich ist.

Die Daten machen natürlich den Kern von Ubers Geschäftsmodell aus. Die Algorithmen, mit denen Uber sein Geld verdient, entstehen aus den Daten, die von den Fahrern geliefert werden. Aber das Unternehmen schöpft den Wert dieser Daten ab. Für diejenigen, die diese Daten produzieren, sind sie dagegen nicht einmal einsehbar. Die Uber-Fahrer fordern in diesem Fall nicht etwa einen Anteil an der Wertschöpfung. Sie fordern lediglich ein Mindestmaß an Transparenz. Das Verfahren wurde an die europäischen Gerichtshöfe verwiesen.

Ein wachsender Teil des Wertes in der heutigen Wirtschaft wird nicht mehr durch Arbeit geschaffen, sondern durch Daten, die aus menschlichen Aktivitäten gewonnen werden. Heute profitieren nur

einige wenige Akteure von diesem Wert. John Doerr, ein früher Investor bei Amazon und Google, bezeichnete die aktuellen Verhältnisse als „die größte legale Anhäufung von Reichtum in der Geschichte“. Die Tech-Riesen beschäftigen erheblich weniger Menschen als andere Branchen und der Anteil der Lohnkosten scheint in diesen Unternehmen nur einen Bruchteil des üblichen Durchschnitts zu betragen. Alle, die sich für Gleichheit einsetzen, sollten zutiefst beunruhigt darüber sein, wie diese Märkte funktionieren. Sie sollten versuchen, etwas dagegen zu unternehmen.

Wenn Daten Arbeit und nicht Kapital sind, sollte zumindest ein Teil des durch sie geschaffenen Wertes an diejenigen zurückfließen, denen die Daten gehören.

Der Erfolg der heutigen Datenwirtschaft beruht größtenteils auf dem Irrglauben, Dienste wie die Google-Suche und der Newsfeed von Facebook seien für die Nutzer und Nutzerinnen „kostenfrei“. Gleichzeitig liefern diese Dienste den Unternehmen massive Gewinne. Im Jahr 2017 betrugen die Werbeeinnahmen von Google und Facebook zusammengerechnet 135 Milliarden US-Dollar. Die über das Nutzerverhalten gesammelten Daten werden an Firmen verkauft, die im Anschluss eben diesen Nutzern und Nutzerinnen zielgerichtete Online-Werbung zukommen lassen.

„Daten sind das neue Öl“ ist bereits zu einer Standardfloskel geworden. Vielleicht ist dieser Ausspruch ein grundlegender Irrglaube. In einer Abhandlung von 2018 argumentieren der Philosoph Jaron Lanier, der Wirtschaftswissenschaftler Glen Weyl (die beide in der Forschungsabteilung von Microsoft arbeiten) und andere, dass Daten weder als „kostenlos“ noch als Kapital oder natürliche Ressource angesehen werden sollten. Sie seien vielmehr als Arbeit anzusehen.

Das ist eine interessante Analogiebildung. Wenn Daten Arbeit und nicht Kapital sind, sollte zumindest ein Teil des durch sie geschaffenen Wertes an diejenigen zurückfließen, denen die Daten gehören. Man kann die digitalen Märkte und ihre Funktionsweise mit den Anfängen der Industrialisierung vergleichen, als die ihren Profit maximierenden Kapitaleigner ganz allein die Arbeitslöhne festsetzen konnten.

Dieser Vergleich bringt die Machtverhältnisse auf den Punkt. Genau wie auf den Arbeitsmärkten vor Einführung der Gewerkschaften kann der Wert der von vielen Individuen gesammelten Daten enorm sein, aber der von einer Einzelperson ausgehende Wert ist gleich Null. Erst in aggregierter Form werden die Daten wertvoll. Und die einzige Möglichkeit, ein Gegengewicht zu erzeugen – oder Teile des

geschaffenen Wertes zu beanspruchen –, ist eine Bündelung der Daten.

Damit die Menschen anfangen, einen Anteil an dem durch ihre Daten geschaffenen Wert einzufordern, müssen sie erst verstehen, wie machtlos sie sind.

In ihrer Abhandlung schlagen Lanier und Weyl vor, dass Datenarbeiter sich in Datengewerkschaften organisieren könnten, die dann Tarifverhandlungen mit den Unternehmen führen würden. Sie schreiben: „Während ein einzelner Nutzer über keinerlei Verhandlungsmacht verfügt, könnte eine Gewerkschaft, die den Zugang von Plattformen auf die Daten von Nutzern filtert, überzeugend einen einflussreichen Streik ausrufen."

Im Zusammenhang mit dem Skandal um Cambridge Analytica intensivierte sich die Diskussion um den Schutz von Privatsphäre und persönlichen Daten. Die seitdem eingeführten neuen Richtlinien wie die Europäische Datenschutz-Grundverordnung sind interessant und ein wichtiger Schritt in Richtung einer neuen Denkweise über das Eigentumsrecht an Daten. Idealerweise sollten sie einen ersten Baustein zu einer gesünderen Version der Datenwirtschaft bilden. Zumindest führen sie den Nutzern und Nutzerinnen deutlicher die eigene Machtlosigkeit vor Augen.

Und genau diese Machtlosigkeit ist sehr bedeutsam. Damit die Menschen anfangen, einen Anteil an dem durch ihre Daten geschaffenen Wert einzufordern, müssen sie erst verstehen, wie machtlos sie sind. Lanier und seine Co-Autoren sind der Meinung, dass die Nutzer ein „Klassenbewusstsein" als Datenarbeiter entwickeln müssen.

Da Daten und künstliche Intelligenz einen immer größeren Teil unserer Wirtschaft ausmachen, ist es wichtig, das richtige Gleichgewicht zwischen Unternehmen und Menschen zu schaffen. Ich arbeite selbst für ein Medienunternehmen und habe Zugang zu Daten, auf die wir angewiesen sind, um unseren Lesern und Leserinnen gute Produkte zu bieten. Wenn wenige Akteure zu dominant werden, besteht jedoch die riesige Gefahr der Vereinnahmung von Regulierungsbehörden. Ebenso wächst die Gefahr, dass sich Datenmonopole negativ auf Produktivität und Innovation auswirken können. Und damit Demokratie funktioniert, darf man nicht zulassen, dass Reichtum und wirtschaftliche Ressourcen zu ungleich verteilt sind. Lanier und Kollegen schreiben dazu: „Auf die eine oder andere Weise wird die Gesellschaft einen Mechanismus finden müssen, um den von künstlicher Intelligenz geschaffenen Reichtum umzuverteilen."

Progressive und

Die traditionelle Reaktion auf eine zunehmende

Gewerkschaften müssen darüber nachdenken, wo heute die Konfliktlinien gezogen werden sollten. Wir brauchen eine politische Strategie – und eine politische Ökonomie – für das Datenzeitalter.

Monopolisierung ist die Regulierung. Die demokratische US-Senatorin Elizabeth Warren hat angekündigt, die „Zerschlagung der Tech-Riesen" zu einem zentralen Thema ihres Wahlkampfs um die Präsidentschaftsnominierung im nächsten Jahr zu machen. Es ist gut und gesund, wenn von der Politik Gegenwind kommt. Aber eine Diskussion über die Zerschlagung der Tech-Riesen ist noch nicht genug, so radikal das auch klingen mag.

Die Aussage des ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan, der Satz „Ich komme von der Regierung und bin hier, um zu helfen" sei einer der furchterregendsten in Amerika, hat Berühmtheit erlangt. Dieser Satz kam mir sofort in den Sinn, als der Google-Vertreter den Gewerkschaftsvorsitzenden fragte, wie das Unternehmen helfen könne.

Natürlich sind Google, Facebook und Amazon nicht daran interessiert, irgendjemandem zu „helfen". Sie wollen ihre Profite und Marktanteile maximieren und tun dies aus einer Position nahezu beispielloser Stärke. Und sie werden sich gern an nationale Arbeitsgesetze halten, solange man zulässt, dass sie weiterhin kostenfrei Daten einsammeln. Progressive und Gewerkschaften müssen darüber nachdenken, wo heute die Konfliktlinien gezogen werden sollten. Sie müssen sich Gedanken über Dateneigentum und Vermögensverteilung machen. Wir brauchen eine politische Strategie – und eine politische Ökonomie – für das Datenzeitalter.

Diese Märkte werden sich nicht selbst korrigieren. Bleibt der Gegenwind aus, werden sich die von der Datenwirtschaft angetriebene massive Anhäufung von Reichtum und die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten weiterhin zuspitzen.

Aus dem Englischen von Ina Goertz.

Dieser Artikel wurde gemeinsam von Social Europe und dem IPG-Journal veröffentlicht.



Karin Pettersson
Stockholm

Karin Pettersson ist Direktorin der Abteilung Public Policy bei der Schibsted Media Group und Vorsitzende des WAN-IFRA Media Freedom Board. Sie war politische Chefredakteurin bei Aftonbladet, der größten Tageszeitung Skandinaviens und gründete Fokus, Schwedens führendes Nachrichtenmagazin.